Für den Landkreis Göppingen in Berlin



Ausgabe 16-November 2014

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

die vergangenen Monate zeigen: Wir haben die Verantwortung übernommen, die uns von den Wählerinnen und Wählern übertragen wurde und sind in wichtigen Fragen die treibende Kraft. In ihrer über 150-jährigen Geschichte hat die SPD sich stets um das Wohlergehen der Menschen gekümmert. Die Sorge um die Menschen, ihre Probleme und Nöte ist der Kern sozialdemokratischer Politik. Als Sozialdemokraten stehen wir für "Stabilität im Wandel". In einem Klima, das allzu oft kurzfristiges, allein an Marktchancen orientiertes Handeln fördert, setzen wir uns ein für Solidarität und Verantwortungsbewusstsein. Deshalb fördern wir besonders diejenigen Kräfte in unserer Gesellschaft, die sich für das Wohlergehen ihrer Mitmenschen, seien es Nachbarn, Freunde oder Familie, einsetzen.

Unter diesem Blickwinkel sehe ich auf zwei arbeitsintensive Wochen mit wichtigen Beschlüssen zurück.

Wir haben deutliche Verbesserungen erreicht.

Mit dem erhöhten Kinderzuschlag beim BAföG stärken wir junge Studierende, die gleichzeitig Kinder versorgen. Familienministerin Schwesig hat ihren Gesetzentwurf zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf auf den Weg gebracht. Damit erhalten Menschen, die ihre Angehörigen zuhause pflegen, mehr

Unterstützung. Sie werden finanziell besser abgesichert und bekommen einen Anspruch darauf, sich von der Arbeit freistellen zu lassen.

Mit einer Orientierungsdebatte haben wir uns dem Thema Sterbehilfe gewidmet. Fast fünf Stunden haben wir uns im Plenum dafür Zeit genommen. Es wurde deutlich, dass die Sorge und Fürsorge um Sterbende und ihre Angehörigen im Mittelpunkt der Diskussion stehen müssen. Aber auch für ärztliche Dilemma-Situationen müssen Antworten gefunden werden.

Im Gesundheitsausschuss hat mich in dieser Woche besonders der Bericht des Ebola-Beauftragten der Bundesregierung Botschafter Walter Lindner aufgewühlt. Er hat neben der epidemiologischen Herausforderung auch von der wirtschaftlichen Not in den drei betroffenen afrikanischen Ländern berichtet. Der massive öffentliche Druck vor Ort, vollständig auf Körperkontakt zu verzichten, um Ansteckung zu vermeiden, führe zunehmend mehr zu sozialen Nöten, auf die niemand vorbereitet war. Botschafter Lindner koordiniert sämtliche Maßnahmen der Bundesregierung und ist erfahren im Katastrophen- und Krisenmanagement.





Wie wollen wir sterben? In einer sehr ernsthaften und nachdenklichen Orientierungsdebatte wurde darüber diskutiert, ob es zusätzliche gesetzliche Regelungen zur Sterbehilfe braucht. Große Einigkeit besteht darüber, dass vorrangig weitere Schritte notwendig sind, um die Hospiz- und Palliativversorgung in unserem Land weiter zu verbessern. Mehrere Rednerinnen und Redner würdigten in diesem Rahmen zu Recht das große Engagement der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden im Bereich der Sterbebegleitung in Sitzwachengruppen, Pflegeheimen und Hospizdiensten.

Mit einem kurzen schriftlichen Impuls habe ich einen Redebeitrag zu Protokoll gegeben. Im Umgang mit Tod und Sterben von vertrauten Menschen habe ich erlebt: Sterben ist nicht leicht. Es fällt uns in aller Regel schwer, uns mit dem Tod abzufinden oder das Sterbenmüssen selbst im schweren Krankheitsfall zu akzeptieren. Sterben will eigentlich niemand wirklich, obwohl wir wissen, dass wir sterben werden.

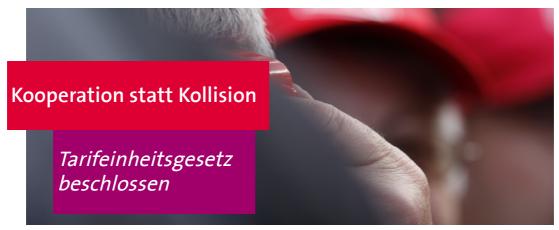
Warum brauchen wir dann eine Debatte darüber, wie wir Menschen ein rasches Ende bereiten können? Kann der Gesetzgeber das Sterben überhaupt leicht(er) machen? Sind die bestehenden gesetzlichen Regelungen hierfür nicht ausreichend, die bspw. Ärzten einen letzten Spielraum mitfühlenden Ermessens lassen?

Allen, die das Sterben zu einer abrufbaren Dienstleistung oder gar zum Geschäft machen wollen, sollten wir jedoch unbedingt die Basis entziehen. Es ist gut, dass sich der Bundestag Zeit nimmt für diese Debatte. Der Auftakt ist gemacht, nun sollten wir die Zeit bis zur abschließenden Beratung im Herbst 2015 nutzen für gemeinsames Nachdenken und Diskutieren an möglichst vielen Orten in unserer Gesellschaft.

Meinen Beitrag zu der Debatte im Deutschen Bundestag ist auf meiner Homepage unter "Bundestags-reden" oder unter diesem Link zu finden:







und sollen weiterhin für die Interessen ihrer Mitglieder eintreten.

Württemberg

SPD-Landesverband Baden-

Die Tarifautonomie, Flächentarifverträge und eine gute Sozialpartnerschaft gehören zum Fundament unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Sie sind deshalb entscheidende Elemente unserer Wirtschaftspolitik. Mit dem Gesetz zur Tarifeinheit soll das solidarische Miteinander in den Betrieben gestärkt werden. Es ist eine Maßnahme gegen die Zersplitterung der Arbeitnehmervertretung und für eine solidarische Tarifpolitik.

Bis Anfang 2010 war die Tarifeinheit in Deutschland geltendes Recht. Durch einen Beschluss des Bundesarbeitsgerichts vor vier Jahren wurde die Tarifeinheit jedoch gekippt. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat daher, Hand in Hand mit den Bundesministerien für Inneres und Justiz, einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Tarifeinheit in Deutschland wieder fördern soll. Tarifkollisionen werden dadurch eingedämmt. Das Grundrecht auf Streik bleibt selbstverständlich unberührt. Und auch kleine Gewerkschaften können

Im Konfliktfall wie etwa bei der Bahn, wo mehrere Gewerkschaften miteinander konkurrieren, hilft das Gesetz zu korrigieren. Sie sind künftig angehalten, sich zum Wohle der gesamten Belegschaft eines Betriebes zu einigen. Nur wenn dies nicht gelingt, soll der Tarifvertrag der Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern im Betrieb zur Anwendung kommen.

Die Friedenspflicht des Tarifvertrags wird dadurch aufgewertet und innerbetriebliche Verteilungskämpfe verhindert. Das fördert eine gerechte Lohnpolitik, in der einzelne Berufsgruppen ihre Machtposition nicht gegen die Interessen der Kolleginnen und Kollegen ausspielen können. Das Gesetz zur Tarifeinheit hilft zu vermitteln und so den größtmöglichen Erfolg für die gesamte Belegschaft zu gewährleisten.



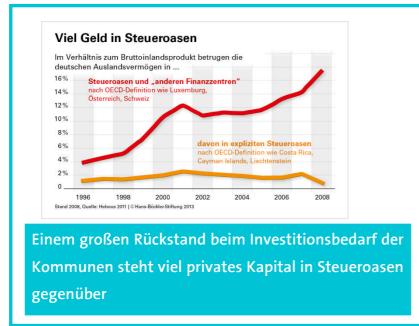
Unser entschiedener Einsatz gegen den internationalen Steuerbetrug trägt endlich Früchte. Das sorgt für mehr Fairness und Gerechtigkeit in unserem Land.

Durch ein Abkommen von 51 Ländern zum automatischen Informationsaustausch in Steuersachen lassen sich zukünftig Vermögen und Vermögenserträge nicht mehr auf anonymen Nummernkonten im Ausland verstecken. Das OECD Abkommen versperrt Steuerhinterziehern nahezu alle verborgenen Wege, auf denen sie bislang Geld illegal ins Ausland schaffen konnten. Wichtige Finanzzentren wie die Schweiz, Liechtenstein und Singapur sowie diverse Karibik- und Kanalinseln gehören zu den Unterzeichnern. Die Zahl der Steueroasen sinkt dadurch drastisch. Für Steuerhinterzieher steigt damit das Risiko, entdeckt zu werden, deutlich an. Außer dem Abkommen über den automatischen Informationsaustausch sollen

in Deutschland auch die Regeln zur Selbstanzeige bei Steuerbetrug verschärft werden.

Natürlich weiß niemand genau wie viele Steuern im Jahr hinterzogen werden. Die Böckler-Stiftung, die sich intensiv mit Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Schwarzarbeit auseinandergesetzt hat, schätzt den Gesamtschaden auf 100 Milliarden Euro pro Jahr. Das wäre mehr als ein Drittel des Bundeshaushalts. Um es einmal zu verdeutlichen: die gesamten Bundesausgaben für Entwicklungshilfe, Familien, Gesundheit, Bildung und Forschung, Verkehr und Verteidigung ließen sich damit finanzieren.

Unser entschiedener Einsatz gegen Steuerhinterziehung hat allein durch Selbstanzeigen von Steuerhinterziehern seit 2010 rund 3,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen eingebracht. Geld das wir jetzt in Straßen und Brücken, Kitas, Schulen und Universitäten investieren.





Ō

Bilder der vergangenen Wochen



Am 18.Oktober, kurz nach der Verabschiedung desPflegestärkungsgesetzes stand ich in Göppingen unter dem Titel "Pflege aktuell - Praktiker treffen Entscheidungsträger" dem Publikum der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Rede und Antwort.

Langzeitarbeitslose Menschen brauchen dauerhafte Beschäftigung - darüber besteht Einigkeit zwischen der Arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Katja Mast, den Experten der Staufen-Arbeits- und Beschäftigungsförderung, Karin Woyta, Wolfgang Lutz (AWO Heidenheim) und Uli Rabeneick von der EBI (Esslinger-Beschäftigungs-Initiative) und mir. Bund, Land, Kommunale Ebene und Agentur für Arbeit müssen verbindlich kooperieren, damit Maßnahmen nicht mehr nur kurzfristig in Projektform angeboten werden können.





"Vielfalt fördern - Gemeinschaft leben" - diesem Motto fühlen sich die Göppinger Familienpaten verpflichtet. Sie erhielten am 23. Oktober beim Ehrenamtsempfang des Landkreises Göppingenden Bürgerpreis für Alltagshelden verliehen - zu Recht! Es war mir eine große Freude, die Laudatio halten zu dürfen.

Ō

Bilder der vergangenen Wochen

Am 25.Oktober wurde der neugestaltete Schlossplatz in Göppingen von Verkehrsminister Hermann eingeweiht. Die Nachbarschaft zu unserem Bürgerbüro wird immer schöner.





Die IHKBezirkskammer Göppingen hat am 27. Oktober die besonders erfolgreichen Absolventen der Sommerprüfung 2014 im Forum der Kreissparkasse ausgezeichnet.

Manfred Gebauer hat einen Ausbildungspreis für besondere Leistungen gestiftet. Diesen Preis erhalten nicht diejenigen mit den besten Noten sondern Ausbildungsabsolventen, die unter besonderen Umständen Großartiges geleistet haben - z.B. ein indischer junger Mann, der trotz schwieriger Kindheit und Behinderung den Abschluss als Maschinen- und Anlagenführer geschafft hat oder ein anderer, der sich während seiner Ausbildung intensiv sozial engagiert hat.



Dekan Botzenhardt hat mich zum Reformationstag in den Nordschwarzwald gelockt - zu einem Vortrag zum Thema "Das politische Evangelium - Warum Martin Luthers Botschaft politisch ist" - gut besuchte Stadtkirche in Neuenbürg





Bilder der vergangenen Wochen



"Kunst trotz(t) Handicap" -Inklusion verwirklichen - beim Auftakt der beeindruckenden Wanderausstellung des Diakonie Bundesverbandes in Berlin hielt ich ein politisches Grußwort.



Die Sportkreisjugend Göppingen veranstaltete am 7. November ihre 36. Jugendsportschau in der Heininger Voralbhalle.





Katrin Strobel präsentierte am 9. November lockte viele Gäste an. ihre farbenfrohen und ausdrucksstarken Bilder noch bis Anfang Januar - herzliche Einladung an alle.



Aktuelle Infos und Bilder gibt es immer auf meiner facebook -Seite.

Gefällt mir drücken!

Die Bundestagsabgeordnete für den Landkreis Göppingen

Heike Baehrens





Termine 17. November - 3. November 2014

Montag, 17. November, 09:00 Uhr

Runder Tisch SAB, Landratsamt Göppingen

Montag, 17. November, 13:30 Uhr

Gespräch mit dem Ersten Direktor der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg

Dienstag, 18. November, 11:30 Uhr

Besuch der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen

Dienstag, 18. November, 16:15 Uhr

Bürgersprechstunde, Rathaus Donzdorf

Dienstag, 18. November, 16:15 Uhr

Vorstellung Bildungspartnerschaft, Messelbergschule Donzdorf

Mittwoch, 22. Oktober, 11:30 Uhr

Besuch im Hospiz Göppingen

Mittwoch, 19. November, 16:00 Uhr

Fachtagung "Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten - und was noch?", Landtag Stuttgart

Donnerstag, 20. November, 10:30 Uhr

UNICEF Kinderrechtetag, Justus-von-Liebig-Schule Göppingen

Donnerstag, 20. November, 14:30 Uhr

Betriebspraktikum, Kuchen

Donnerstag, 20. November, 10:30 Uhr

Bericht zur Bundespolitik, SPD-Ortsverein Ebersbach

Freitag, 21. November, 10:00 Uhr

Vorlesetag, Kindergarten Paul-Koepff

Samstag, 22. November, 10:00 Uhr

Zukunftskongress Bildung, Ludwigsburg

Montag, 24. November bis Freitag, 30. November

Sitzungswoche in Berlin











Deutscher Bundestag

Bürgerbüro



Roth Carré Schillerplatz 10 73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46 Fax: 07161 / 988 36 44



Platz der Republik 1 11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157 Fax: 030 / 227 70159



